



Pressecommuniqué FORUM Meiringen

Eidgenössische und kantonale Abstimmungen vom 7. März 2021

Im Folgenden erhalten Sie die Abstimmungsempfehlungen unserer politischen Gruppierung in Meiringen, sowie zu allen Vorlagen noch ein paar Gedanken und Argumente.

Generell kann gesagt werden, dass wir alle Vorlagen, sei es die Initiative betreffend Verhüllungsverbot, das E-ID-Gesetz und das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien auf Bundesebene sowie die Hauptvorlage betreffend Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe auf kantonaler Ebene ablehnen.

Alle Vorlagen entsprechen nicht der Stossrichtung der Vereinsziele unserer politischen Gruppierung.

Eidgenössische Abstimmungen – wir empfehlen

NEIN zur Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ des Egerkinger Komitees

- Die Initiative macht unter dem Deckmantel der Gleichstellung und der Freiheit Stimmung gegen Muslim*innen und den Islam generell und reiht sich damit ein in die rechts-populistische Strategie der Ausgrenzung.
- Die Initiative leistet mit diesem Verbot keinen realen Beitrag zu Integration oder zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen.
- Die Initiative ist überflüssig, weil sich schon heute jemand wegen Nötigung strafbar macht, wenn er jemanden zwingt sich zu verhüllen.
- Auch wenn wir nicht Befürworter einer Verhüllung sind, geht es nicht an, in der Verfassung Kleidervorschriften zu verankern. Das Verbot würde zudem auch jene treffen, die sich aus eigenem Willen verhüllen und somit deren Grundrechte einschränken.
- Wird die Initiative abgelehnt, tritt das Bundesgesetz über die Gesichtsverhüllung als indirekter Gegenvorschlag automatisch in Kraft, das den Umgang mit Behörden aller Art regeln wird.

NEIN zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz)

- Die Herausgabe von Identifikationsmitteln ist eine hoheitliche staatliche Aufgabe, die nicht vollständig an private Unternehmen delegiert werden darf.
- Der Bund muss die zentrale Dienstleistung eines elektronischen Identifikationsmittels selber anbieten..
- Datenschutz und Datensicherheit müssen höchste Priorität haben – und nicht der Profit privater E-ID-Anbieter.

NEIN zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien (Freihandel mit Indonesien)

- Das Abkommen schreibt einen Handel fort, der die Umwelt, den Regenwald und die lokale Bevölkerung schädigt, deren Rechte regelmässig verletzt werden.
- Die Nachhaltigkeitsversprechen im Abkommen sind wenig wert und dienen als Feigenblatt.



- Dass seit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens Indonesien schon 70 Gesetzesanpassungen vorgenommen hat, um Arbeiter- und Umweltrechte in Zukunft zu untergraben, wird nicht kommuniziert.
- Die Palmölindustrie hat auch in Zukunft wie bis anhin verheerende Auswirkungen auf die Regenwälder und die Menschenrechte.

Kantonale Abstimmung – wir empfehlen

NEIN zur Hauptvorlage, aber JA zum Eventualantrag betr. Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe

- Zusätzliche Sonntagsarbeit begünstigt Supermärkte, Einkaufszentren und grosse Ladenketten. Kleine Geschäfte geraten damit zusätzlich und unnötig unter Druck.
- Sonntagsverkäufe generieren weder neue Stellen noch mehr Umsatz für die Geschäfte, denn die Konsument*innen haben zum Ausgeben nicht mehr Geld in der Tasche.
- Zusätzliche Sonntagsarbeit ist ein Nullsummenspiel auf dem Buckel der Beschäftigten.
- Der Schutz der Beschäftigten im Detailhandel (mehrheitlich Frauen) ist ohnehin nach wie vor ungenügend.
- Damit die neue Regelung betr. E-Zigaretten auf alle Fälle in das bisherige Gesetz aufgenommen werden kann, soll dem Eventualantrag zugestimmt und bei der Stichfrage dieser angekreuzt werden.

FORUM Meiringen, 23. Februar 2021